

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 10.06.2010 um 19.10 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Müller

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Günther
Stadtrat Lorenz
Stadtrat May
Stadtrat E. Müller
Stadtrat M. Müller
Stadträtin Richter
Stadtrat Schmidt (ohne Ziffer 11)

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser
Stadtrat Rank
Stadträtin Schwab
Stadtrat Stiller
Stadträtin Stocker
Stadtrat Weiglein_

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul
Stadtrat Heisel
Stadträtin Glos (ohne Ziffer 6)
Stadträtin Kahnt
Stadtrat Sycha

FW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Haag
Stadträtin Wachter
Stadträtin Wallrapp

KIK-Stadtratsfraktion:

2. Bürgermeister Christof
Stadtrat Popp

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Pauluhn
Stadträtin Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm
Stadtrat Schardt (ohne Ziffern 9 u. 10)

Ortssprecher

Frau Schlötter (Sickershausen)

Berufsmäßige Stadträte: Rodamer

Berichterstatter:

Assessorin Näck-Schoor
Oberamtsrat Hartner
Bauamtsleiter Janner
Frau Noormann
Amtfrau Hartmann
Frau Dr. Säger, Leiterin D. Paul-Eber-Schule
Herr Tasch, Leiter Hautschule Siedlung
Herr Holzgartner, D. Paul-Eber-Schule

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Entschuldigt fehlten: Stadtrat Ferenczy
Bürgermeisterin Regan
Stadtrat Steinruck
Herr Pfreuzinger

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig. Es gibt keine Einwände gegen die Tagesordnung.

1. Vereidigung eines neuen Mitglieds des Stadtrates – Frau Nicole Mahlmeister

Oberbürgermeister Müller vereidigt Frau Stadträtin Mahlmeister als Nachfolgerin für Herrn Stadtrat Dieter Sycha.

2. Bestellung von Ausschussmitgliedern, Aufsichtsräten, Mitglied von Gesellschafterversammlung und Benennung von Beiräten

A. Oberbürgermeister Müller geht kurz auf den Sachvortrag ein. Er weist besonders darauf hin, dass Frau Schlötter trotzdem Ortssprecherin von Sickershausen bleibe, auch wenn Frau Mahlmeister im Ortsteil Sickershausen wohnt.

B. Mit 27 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag und der beiliegenden Liste wird Kenntnis genommen.
2. Frau Stadträtin Nicole Mahlmeister wird in nachfolgende Ausschüsse bestellt:
 - **Verwaltungs- und Bauausschuss:** als 2. Vertreterin von Stadträtin Glos
 - **Personalausschuss:** als 1. Vertreterin von Stadträtin Kahnt
 - **Finanzausschuss:** als 1. Vertreterin von Stadträtin Kahnt
3. Stadträtin Nicole Mahlmeister wird für folgende Beiräte benannt:
 - **Umweltbeirat:** als ordentliches Mitglied
 - **Jugendbeirat:** als 1. Vertreterin (bisher Stadtrat Heisel) von Stadträtin Glos
4. Frau Stadträtin Nicole Mahlmeister wird in den **Aufsichtsrat der Stadtbetriebe GmbH** bestellt.
5. Frau Stadträtin Nicole Mahlmeister wird der gem. Hare-Niemeyer der SPD-Fraktion zustehende **Sitz in der Gesellschafterversammlung der LKW Kitzingen GmbH** übertragen.

3. Konversion - Kühlhaus Klosterforst;
hier: Vorschlag zur Art der baulichen Nutzung

Mit 28 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat empfiehlt als künftige Art der baulichen Nutzung für das Areal des ehemaligen Kühlhauses im Klosterforst eine gewerbliche Nutzung.
3. Der Stadtrat weist darauf hin, dass die Erschließung des Kühlhausareals in die Zuständigkeit möglicher Nutzer fällt.
4. Der Stadtrat weist ferner daraufhin, dass die zukünftige gewerbliche Nutzung gegebenenfalls über ein Planverfahren abzurufen ist.

4. Aufhebung der Satzung über die Abhaltung von Jahrmärkten in der Stadt Kitzingen (Marktsatzung) vom 13.06.1986 und Aufhebung der Marktgebührensatzung der Stadt Kitzingen vom 13.06.1986

Mit 28 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Es wird folgende Satzung beschlossen:

Satzung der Großen Kreisstadt Kitzingen zur Aufhebung der Marktsatzung

Aufgrund des Art. 23 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (BayGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22.08.1998 (GVBl S. 796), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 27.07.2009 erlässt die Stadt Kitzingen folgende Satzung:

**§ 1
Aufhebung**

Die Satzung über die Abhaltung von Jahrmärkten in der Stadt Kitzingen (Marktsatzung) der Großen Kreisstadt Kitzingen vom 13.06.1986, zuletzt geändert durch die 3. Satzung zur Änderung der Marktsatzung vom 21.12.2001 wird aufgehoben.

**§ 2
Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Kitzingen, 2010
STADT KITZINGEN

Müller Oberbürgermeister

3. Es wird folgende Satzung beschlossen:

Satzung der Großen Kreisstadt Kitzingen zur Aufhebung der Marktgebührensatzung

Aufgrund von Art. 8 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 04.04.1993, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 22.07.2008, erlässt die Stadt Kitzingen folgende Satzung:

§ 1 Aufhebung

Die Marktgebührensatzung der Stadt Kitzingen vom 13.06.1986, zuletzt geändert durch die 3. Satzung zur Änderung der Marktgebührensatzung vom 21.12.2001, wird aufgehoben.

§ 2 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Kitzingen, 2010
STADT KITZINGEN

Müller
Oberbürgermeister

5. Anträge der SPD-Fraktion zu den Themen 'Konversion' und 'Neubau des Kreiskrankenhauses' vom 30.04.2010

- A. Oberbürgermeister Müller geht auf den Antrag der SPD ein. Seiner Auffassung nach sollte man die Steuerungsgruppe für alle Stadträte öffnen. Darüber hinaus spricht er sich für den Konversionsausschuss aus.
Stadträtin Dr. Endres-Paul als Antragstellerin spricht sich ebenfalls für den Konversionsausschuss aus. Darüber hinaus sollte man die Steuerungsgruppe für alle Stadträte insoweit öffnen, dass sie ein Rederecht jedoch kein Stimmrecht und keine Teilnahmepflicht haben. Im Übrigen sollte eine Organisationseinheit benannt werden, die sich nur mit dem Thema Konversion befasst.
Stadträtin Wallrapp verweist auf den Antrag der FW, wonach aus jeder Fraktion/Gruppe eine Person als ständiges Mitglied in der Steuerungsgruppe vertreten sein sollte.
Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass drei Anträge (SPD, FW und Konversionsausschuss) vorliegen und sinnvollerweise eine Beschlussvorlage, die alle Punkte berücksichtigt, erstellt werden sollte. Gleichwohl ist er der Auffassung, über den Antrag der SPD zur Öffnung der Steuerungsgruppe für alle Stadträte abzustimmen. Hinsichtlich der Organisationseinheit verweist er auf seine Organisationshoheit und auf das Projektteam Konversion.
Stadträtin Wallrapp stellt den Antrag, auch den Antrag der SPD zurückzustellen, worüber der Oberbürgermeister bittet abzustimmen.

B. Mit 9 : 19 Stimmen

Es besteht Einverständnis, den Antrag der SPD gemeinsam mit den übrigen Anträgen zur Strukturierung der Steuerungsgruppe zu behandeln.

C. Mit 28 : 0 Stimmen

1. Dem Teil des SPD-Antrags vom 30.04.2010 mit folgendem Wortlaut „Die Steuerungsgruppe Konversion ist für Stadträte zu öffnen. Allen Stadträten ist die Möglichkeit einzuräumen, die nichtöffentlichen Sitzungen der Steuerungsgruppe ohne Stimm- und Rederecht zu besuchen“ wird zugestimmt.
2. Dem Teil des SPD-Antrags vom 30.04.2010 mit folgendem Wortlaut „Dem Stadtrat sind noch vor der Sommerpause entsprechende Standortvorschläge mit Angaben des Kaufpreises und der sonstigen Konditionen vorzulegen“ wird nur in dem Teil zugestimmt, entsprechende Standortvorschläge für das Kreiskrankenhaus zu entwickeln und diese Vorschläge dem Stadtrat vorzustellen.

6. Kooperationsvereinbarung zur Fortführung der "PAM-Ausstellung für die Jahre 2012-2014

- A. Vor Beratung der Angelegenheit wird kurz darüber diskutiert, ob 2. Bürgermeister Christof persönlich beteiligt sein könnte, da er in den Vorjahren seitens der PAM für die Erarbeitung der Ausstellungskonzepte beauftragt wurde, worauf Assessorin Näck-Schoor feststellt, dass es um einen unmittelbaren Vorteil gehen müsse, jedoch die Beauftragung lediglich einen mittelbaren Vorteil darstelle. Aus diesem Grund ist 2. Bürgermeister Christof nicht auszuschließen. Oberbürgermeister Müller geht kurz auf den Sachvortrag ein und verweist darüber hinaus auf den Antrag der SPD-Fraktion. Stadträtin Dr. Endres-Paul geht darauf hin auf ihren Antrag ein und stellt dar, dass in 2011 die Vereinbarung zu den bisherigen Konditionen weitergeführt werden sollte, jedoch ab 2012 eine geringfügige Kürzung gerechtfertigt wäre, da bei allen kulturellen Einrichtungen ebenfalls eine Kürzung im Raum stehe. Stadtrat Schmidt verweist auf den Beschluss von Dezember 2009, wonach eine Kürzung von freiwilligen Leistungen in Bezug auf Vereinen nicht erfolgen sollte. Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erklärt, dass dieser Beschluss mit Blick auf die Haushaltsberatung 2010 gefasst wurde und keine generelle Gültigkeit habe. Aufgrund folgender Diskussion, in der durchweg die Ausstellung der PAM als Image-träger der Stadt bezeichnet wird, zieht Stadträtin Dr. Endres-Paul ihren Antrag zurück.

B. Mit 27 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Es besteht Einverständnis, die bestehende Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadt Kitzingen und PAM e. V. über die Durchführung von Sommerausstellungen zu den bisherigen Konditionen um drei Jahre zu verlängern.

**7. Änderung des Gesellschaftsvertrages der Kitzinger BauGmbH:
hier: Vertretungsregelung für den Aufsichtsratsvorsitzenden**

Mit 27 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

2. § 12 Abs. 9 Satz 1 des Gesellschaftsvertrages der Kitzinger Baugesellschaft mbH wird wie folgt geändert:
„Vorsitzender des Aufsichtsrates ist der Oberbürgermeister der Stadt Kitzingen; sein Vertreter wird vom Aufsichtsrat gewählt.“

8. Genehmigung der Haushaltssatzung 2010 durch die Rechtsaufsichtsbehörde

Mit 23 : 3 Stimmen

1. § 2 der Haushaltssatzung 2010 der Großen Kreisstadt Kitzingen wird geändert und erhält folgende neue Fassung:

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf 2.000.000 € festgesetzt.

Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen für den Sonderhaushaltsplan der Stiftung für Alten- und Pflegehilfe Kitzingen sind nicht vorgesehen.

2. Die Haushaltssatzung wird unter Berücksichtigung der vorstehenden Änderung ausfertigt und amtlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Haushaltsplan eine Woche lang öffentlich ausgelegt.

9. Schulverbund zur Bildung der Mittelschule mit Buchbrunn; Erklärung der Stadt Kitzingen für die Schüler des Ortsteiles Repperndorf

Mit 27 : 0 Stimmen

1. Die Stadt Kitzingen ist als Mitglied des Schulverbandes Buchbrunn - für den Ortsteil Repperndorf - mit der Bildung eines Schulverbandes mit der Stadt Kitzingen als Schulaufwandsträger der D.-Paul-Eber-Schule und der Hauptschule Kitzingen-Siedlung einverstanden. Die Volksschule Buchbrunn kann dadurch die Bezeichnung Mittelschule führen.
2. Der Schulverbandsvorsitzende Karl-Dieter Fuchs wird hiermit ermächtigt, entsprechende Gespräche zu führen und Entscheidungen für den Schulverband Buchbrunn zu treffen mit dem Ziel, die Kooperation bereits im Schuljahr 2010/11 zu ermöglichen (ansonsten zum Schuljahr 2011/12).
3. Der Antrag auf erforderliche Trennung der Volksschule Buchbrunn in eine selbständige Grundschule und eine selbständige Hauptschule mit eigenen Sprengeln kann ebenfalls beantragt werden. Um keinen höheren Verwaltungsaufwand zu schaffen, soll durch eine Kooperationsvereinbarung dieser beiden neu gebildeten selbständigen Schulen jedoch alles wie bisher geregelt werden.

10. Schulverbund zur Bildung der Mittelschule mit Buchbrunn:
Erklärung der Stadt Kitzingen als Sachaufwandsträger der Kitzinger Hauptschulen

Mit 27 : 0 Stimmen

1. Mitglieder des neuen Schulverbundes Mittelschule

Die Stadt Kitzingen ist als Schulsachaufwandsträger der D.-Paul-Eber-Schule – Verbandsschule – Hauptschule und der Volksschule Kitzingen-Siedlung – Hauptschule mit der Bildung eines Schulverbundes dieser beiden Hauptschulen mit dem Schulverband Buchbrunn ab dem Schuljahr 2010/11 einverstanden.

Zwischen den Sachaufwandsträgern dieser Schulen (Stadt Kitzingen und Schulverband Buchbrunn) ist nach Zustimmung aller beteiligten Gemeinden zum Schulverbund ein Kooperationsvertrag zu erarbeiten. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, entsprechende Gespräche zu führen und für die Stadt Kitzingen diesen Vertrag abzuschließen.

2. Festsetzung eines gemeinsamen Schulsprengels

Die Stadt Kitzingen beantragt die Festlegung eines gemeinsamen Schulsprengels aufgrund der Zusammenarbeit in einem Schulverbund gemäß Art. 32 a BayEUG – E. Die bisherigen Schulsprengel werden als Einzugsbereiche der Schulen bestimmt.

11. Neugestaltung der Mainpromenade Kitzingen, BA II:
hier: Information Sachstand Pollerverankerungen für Hotelschiffsanlegestelle
Information von Bauamtsleiter Janner
(Stadtrat Schmidt ist aufgrund persönlicher Beteiligung von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen und begibt sich ohne Aufforderung in den Zuhörerbereich.)

Bauamtsleiter Janner geht auf den Sachstand zu den Pollerverankerungen für die Hotelschiffsanlegestelle ein und stellt dar, dass man aufgrund der Voruntersuchung von einem belastungsfähigen Unterbau bei allen alten Pollern gerechnet habe. Bei den Arbeiten wurde nun festgestellt, dass der Unterbau der Kaimauer zur Verankerung der weiteren Poller in der geplanten Form nicht umgesetzt werden könne. In Absprache mit dem Ing. Büro Fischer, die den Untergrund aufgrund der neuen Erkenntnis untersucht hat, wurde eine Vorgehensweise gefunden, um die neuen Poller mit Mehrkosten von ca. 36.000,00 € umsetzen zu können.

Darüber hinaus verweist er auf die Weide auf Höhe des Stadtfensters, deren Wurzeln bei Fundamentarbeiten derart beschädigt wurden, dass die Weide nur mit einem erhöhten Unterhaltungsaufwand noch ca. acht Jahre überleben könnte. Aus Gründen der Wirtschaftlichkeit sollte diese gefällt und durch eine entsprechende Neupflanzung ersetzt werden.

Auf die Feststellung von Stadträtin Richter, dass zur Maßnahmen eine Deckelung seitens des Stadtrates festgelegt wurde, erklärt Stadtrat Pauluhn, dass die Verwaltung zusammen mit den Planern nach Wegen suchen müsse, um diese Kostendeckelung entsprechend einzuhalten, da sonst eine Deckelung keinen Sinn mache.

Bauamtsleiter Janner stellt dar, dass im Rahmen der Ausschreibung eine Einsparung entstehen könnte und man im weiteren Verlauf der Maßnahme stets nach Einsparungsmöglichkeiten suchen werde.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte über die Kostenrechnung und die Nebenkosten, worauf Bauamtsleiter Janner jeweils Auskunft gibt.

Stadträtin Wallrapp fragt nach, ob die mögliche Erhöhung Auswirkungen auf die Zuschüsse und die Anliegerbeiträge haben.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer stellt dar, dass die Kosten für die Hotelschiffsanlage aus dem Städtebauförderungsprogramm weder förder- noch umlagefähig seien. Dies wird zur Kenntnis genommen.

12. Eil-Anträge der UsW zur D.Paul-Eber-Schule
Information von Oberbürgermeister Müller

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass vor der Sitzung am 24.06.2010 um 16.00 Uhr die Baustellenbegehung in der D. Paul-Eber-Schule stattfindet, um sich einen Überblick über den Baufortschritt verschaffen zu können. Darüber hinaus werden die in den Anträgen gestellten Fragen in schriftlicher Form beantwortet.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer stellt hinsichtlich der Haushaltsmittel dar, dass gegenwärtig 6,155 Mio. € eingestellt, diese jedoch nicht ausreichend seien, da bei der Veranschlagung 237.000,00 € versehentlich übersehen wurden. Da in 2010 nicht alle Mittel kassenwirksam werden, sind die 237.000,00 € im Haushalt 2011 einzustellen.

Stadtrat Schmidt geht auf die Sanierung der D.Paul-Eber-Schule ein und stellt aufgrund der jüngsten Sachstandsinfo fest, dass bislang für 60 % der Arbeiten eineinhalb Jahre Zeit war und die übrigen 40 % in den restlichen elf Wochen umgesetzt werden sollen. Er gibt zu Bedenken, dass dies kaum zu schaffen sei.

Bauamtsleiter Janner erklärt, dass auch Planänderungen zu der Verzögerung geführt haben und er sich der Knappheit des Zeitrahmens bewusst sei. Bis zum Schulbeginn sollen alle Maßnahmen abgeschlossen sein, die für den Betrieb der Schule notwendig sind. Alles Weitere (z.B. Außenanlage) können im Anschluss fertig gestellt werden. Zur Umsetzungen dieses Ziels haben die ausführenden Firmen die Arbeiter vor Ort erhöht und das Bauamt überwache die Umsetzung bis zur Fertigstellung stringent.

Oberbürgermeister Müller schließt die öffentliche Sitzung um 21.10 Uhr.

Oberbürgermeister

Protokollführer